

Der Mahnruf

Im Abonnement 12 Groschen

Kampfblatt der Werktätigen

Im Straßenvorlauf 15 Groschen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 20. — Sperrstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 23

Graz, Juni 1928

2. Jahrgang

Die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen die Banterottpolitik ihrer Führer.

Wir geben in den folgenden 4 Abzügen Auszüge aus dem „Linken Sozialdemokraten“ vom 11. und 26. Mai wieder.

Es geht um alles!

Nun ein Monat ist seit den Wahlen in Steiermark vergangen. „Sieg über die Heimwehr und Alpine, triumphierte die „Arbeiter-Zeitung“. 137 Mandate haben wir in Steiermark neu erobert, zwei Bürgermeisterposten neu besetzt. . . Die 137 neu errungenen Mandate in den steirischen Gemeindevertretungen sind ein Meilenzeiger unseres Vormarsches.“

Und kaum einen Monat nach ihrem „Sieg“ muß die Arbeiterschaft um ihre primitivsten, vom Gesetz gewährtesten Rechte neu kämpfen. Wie aber ist solch ein Kampf nach solchem Siege möglich?

Beherrschung von Polizei und Heer war ihr (der Bourgeoisie) erstes Ziel. Schöber und Vaugoin haben diese der Bourgeoisie „verlässlich“ gemacht. Gleichzeitig organisiert und bewaffnet die Schwerindustrie ihre illegalen Terrortruppen, die Heimwehren, zum Kampfe gegen die Arbeiter — — —

Während die Partei „auf dem Wege zur Staatsmacht“ ihre Politik immer mehr darauf einstellt, die Sozialdemokratie dem Kleinbürgertum sympathisch zu machen, deshalb auch wirklich von Wahlsieg zu Wahlsieg schreitet — — —

Während die Arbeiterschaft dem brutalsten Terror der Unternehmer und ihrer Heimwehren gegenübersteht und vergeblich auf die Abwehrmaßnahmen der Partei wartet, die aus Furcht, die Kleinbürger abzuschrecken, selbst dem unausweichlichen Kampf ausweichen will.

Kampflos gewichen!

Die Heimweggewerkschaften vom Metallarbeiterverband anerkannt.

Nach Schluß unserer Redaktion trifft die Nachricht von der Vereinbarung zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Stahlwerksverband ein.

Dieser 25. Mai ist der schwarze Freitag in der Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Vereinbarung bedeutet, daß der Metallarbeiterverband die Heimweggewerkschaften in der Alpine anerkannt hat.

Am 2. März 1927 haben wir, noch unter den alten günstigen Kampfbedingungen ohne Widerstand die Arsenalwaffen Vaugoin ausgeliefert.

Der 15. Juli war die Folge.

Am 25. Mai 1928 wird in die höchste Erregung, das Recht aller Rechte, die Koali-

tionsfreiheit, die erste Bresche geschlagen. Der Verräter an seiner Klasse, der gelbe Unternehmersöldling, der blutige Heimwegeselle avanciert zum gleichberechtigten Kollegen, mit welchem wir „kameradschaftliche Zusammenarbeit“ zu pflegen haben!

Wieder sind wir kampflos gewichen. Die Gefährdung unseres gesamten Gewerkschaftswesens durch die bewaffneten Unternehmergeverkschaften muß die Folge sein, wenn nicht die Partei den entschlossenen Widerstand organisiert.

Wir wissen jetzt, Genossen, was wir von der Schönfärberei zu halten haben, mit der uns der Parteivorstand seit Jahr und Tag die wirkliche Lage zu verheimlichen versuchte. Der Parteivorstand ist für die Folgen seiner Politik verantwortlich. Er wird Rechenschaft ablegen müssen.

Wie kam es zum obersteirischen Betriebsfaschismus.

Schauen wir den Tatsachen offen ins Gesicht und gestehen wir uns, die Politik unserer Partei- und Gewerkschaftsführung in Obersteiermark trägt ein gut Teil der Schuld am Aufkommen der Schneidfedermänner. Die obersteirischen Berg- und Hüttenarbeiter gehören schon seit langem zu den schlecht-bezahltesten und verelendesten der österreichischen Arbeiterschaft. Wie das leider oft der Fall ist, aber gerade deshalb sind diese Teile der Arbeiterschaft am wenigsten von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt. Die Arbeiter verlangten Taten, an denen sie handgreiflich den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation erkennen könnten, sie verlangten Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Auch die Unorganisierten wollten den Kampf und so hätte man sie von der Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugen können. Die Gewerkschaften aber stemmten sich dagegen.

Zur Frage der proletarischen Wehrhaftigkeit.

Unter dem Schlagwort der Reorganisation sind planmäßig die revolutionär denkenden Genossen aus dem Schutzbund entfernt worden.

Die Mitglieder des Schutzbundes wurden zum bekannnten Eid genötigt, der dem Zweck dienen sollte, die revolutionären Arbeiter aus dem Schutzbund zu drängen, oder, falls sie sich nicht hinausdrängen ließen, sie zu demütigen und dadurch ihres Einflusses im Schutzbund zu berauben.

Fortsetzung auf der 2. Seite.

Die Sozialdemokraten liefern die Gewerkschaften den Unternehmern aus.

Der Friedensschluß, den der Metallarbeiterverband und der Verband der Bergarbeiter Österreichs mit den Industriellen-Verband und der Alpine Montan eingegangen ist, stellt eines der schändlichsten Dokumente dar, welche seit dem Bestehen einer sozialistischen Arbeiterbewegung von Arbeitervertretern gezeichnet worden ist. Nicht nur, daß damit die von den Unternehmern ausgehaltenen Heimwehren als gleichberechtigte Organisation mit den freien Gewerkschaften in den Betrieben ihre Anerkennung vonseiten von Arbeitervertretern finden, sondern die freien Gewerkschaften werden durch diesen Friedensschluß vollständig unter das Diktat der Unternehmer und deren Kreaturen gestellt. Noch schändlicher ist der Pakt, der in Bezug auf die Einstellung der Hüttenberger Arbeiter von der Gewerkschaft getroffen wurde. Die Wiederaufnahme der Arbeit kann, den Betriebsverhältnissen entsprechend, nur allmählich erfolgen. Es liegt vollständig klar auf der „Hand“, was mit den „Betriebsverhältnissen entsprechend“ gemeint ist, nur die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben dies nicht „begriffen“. Wohl aber die Hüttenberger Arbeiter, die diesen Friedensschluß dankend und einstimmig ablehnten. Was wurde mit diesem Friedensschluß für die Arbeiter erreicht? Der „Arbeiterwille“, der sonst immer frisch und fröhlich die Siegesfahnen schmettert, schreibt darüber unter den vielfagenden Titel:

„Werden die Unternehmer Wort halten?“

Die Verbände der Industriellen, der Österreichische Metallarbeiterverband und der Verband der Bergarbeiter Österreichs haben am Freitag durch eine Vereinbarung, die eine — allerdings die wichtigste — Seite der in Steiermark und Kärnten bestehenden Streiks bei der Alpinen Montangesellschaft und dem Stahlwerksverband bereinigt. Es ist wahrscheinlich, daß die andere Seite dieser Ausfälle, die aus unbedeutenden Lohnfragen besteht, bald bereinigt werden wird und Friede in die Stätten der Arbeit einkehrt. Mit diesem Friedensschluß ist eine große Gefahr vom Industriegebiet der Steiermark verbannt, denn die ideellen — die Unternehmerpresse nennt es politische — Ursachen der spontan ausgebrochenen Streiks haben in der gesamten Arbeiterschaft der Betriebe des Stahlwerksverbandes und der Alpinen Montangesellschaft eine so leidenschaftliche Erbitterung angehäuft, daß deren Explosion stündlich zu befürchten war und ihre Erschütterung wohl über ganz Steiermark getragen hätte. Die Folgen eines solchen Kampfes wären nicht abzusehen gewesen, und es ist deshalb zu begrüßen, daß der Friede — wenigstens angebahnt wurde.“

Die minderwichtige Seite, die Lohnfrage, die für einen gutbezahlten Redakteur unbedeutend ist, wird bald bereinigt werden. Und die Hauptfrage, nachdem

durch das feige Auskniffen der Führer die Arbeiter auf allen Linien den Kürzeren gezogen haben, ist die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens mit den Ausbeutern. Trotzdem mit diesen Friedensschluß nur die Verelendung und die Rechtlosigkeit der Arbeiter vermehrt wurde, fragt der „Arbeiterwille“: „Werden die Unternehmer Wort halten?“ Und nun stellen wir die zweite Frage: Wie wurde ein solcher Friedensschluß möglich? Es kann vorkommen, daß eine Gewerkschaft durch wirtschaftliche Umstände oder durch eine Überzahl von Streikbrechern gezwungen ist, mit den Unternehmern einen faulen Frieden zu schließen. Aber alles dies liegt hier nicht vor, sondern die Gewerkschaften sind das Opfer der Gelüste koalitionslästerner sozialdemokratischer Ministeranwälter geworden. Hier kommt der unheilvolle Einfluß der sozialdem. Partei und ihrer koalitionslästerner Führer auf die österreichischen Gewerkschaften zum katastrophalen Ausdruck. Was den Unternehmern und ihren Söldnern nicht gelungen ist, die Zerstückelung der Gewerkschaften, das dürfte der sozialdem. Partei und deren Führern spielend gelingen.

Die Alpine gesteht

in 5 Jahren 63 Millionen Schilling verdient zu haben. Somit hat die Alpine aus jedem Alpinesklaven einen jährlichen Profit von ungefähr 1500 Schilling herausgepreßt. Deshalb konnte der Präsident Ruz auch erklären, daß der Geschäftsgang ein sehr guter sei. Umso schlechter geht es den Alpinesklaven.

Niederträchtiges Verhalten des österreichischen Justizministers.

Das internationale Komitee zur Bekämpfung des weißen Terrors, dessen Vorsitzender Genri Barbusse ist, hat den Archilekten Francois Gourde und den Rechtsanwalt Marcel Billard nach Wien geschickt, um die österreichische Regierung von der Impörung aller demokratischen Kreise Frankreichs u. r die geplante Auslieferung des Gen. Bela Kun an Ungarn zu informieren. Justizminister Dinghofer weigerte sich die beiden Delegierten aus Frankreich zu empfangen, mit der Begründung, der Fall Bela Kun sei eine rein österreichische Angelegenheit, die keinen Ausländer etwas angehe. Als die Polizeisergent Fortys bei Dinghofer waren, hat dieser diesen Standpunkt nicht vertreten. Im Gegenteil. Den ungarischen Polizeispißeln hat der österreichische Justizminister alle Akten zur Verfügung gestellt.

Die Anklage gegen die ungarischen Genossen bricht zusammen.

Die mit Bela Kun wegen „Geheimbündelei“ verhafteten Genossen Szekely und Lulacz, mußten wegen vollkommener Unhaltbarkeit der gegen sie erhobenen Anklage enthaftet werden. Wenn bis heute Gen. Bela Kun noch nicht enthaftet wurde, so deshalb, weil die österreichische Regierung die Auslieferung an Forty vor hat.

Gittendrama in einem spanischen Kloster.

Schwere Belastung für die katholische Kirche. Die Madrider Zeitung „La Voz“ berichtet über ein aufsehenerregendes Drama, das sich in einem Kloster von Valladolid zugetragen hat und daß aus Spanien auf direktem Wege nichts ins Ausland berichtet werden darf. Die Tochter eines spanischen Obersten, die in der dortigen Klosterschule Unterricht erhielt, berichtete eines Tages ihrem Vater, daß sich an der heiligen Stätte skandalöse Vorgänge zutragen. Der Offizier machte daraufhin der Oberin des Klosters heftige Vorstellungen und verlangte von ihr Aufklärung der dunklen Affäre. Er drohte ihr auch mit einer Anzeige bei der Polizei im Falle, daß nicht reiner Eiß gemacht würde und die Nonnen weiterhin ihre Schwestern in solcher Weise mißbrauchten.

Fortsetzung von der 1. Seite.

Diese Äußerungen des „Linken Sozialdemokraten“ widerspiegeln das Denken vieler sozialdem. Arbeiter, die schon ganz klar erkennen, daß die sozialdem. Parteiführung nicht mehr die Interessen der Arbeiter vertritt, sondern die Arbeiterinteressen, um der Kleinbürgerlichen Schichten willer direkt im Stiche läßt. Wohl will ihnen der „Linke Sozialdemokrat“ einreden, daß eine Wendung zum Besseren noch möglich ist, um die Arbeiter weiter bei der Stange zu halten. Die Arbeiter werden auch noch diese Erfahrung machen, daß die S. P. ein faulender Kadaver ist, zwar ein großer Körper, aber auf lödernen Füßen.

Am Tage darauf war das junge Mädchen, die ihrem Vater diese Angaben gemacht hatte, spurlos verschwunden. Mehrstägige Nachforschungen blieben erfolglos. Schließlich begab sich der Vater mit noch zwei anderen Offizieren in das Kloster, das fest verriegelt war, so daß sie dort nur mit Gewalt einzudringen vermochten. Die Nonnen stellten sich den Offizieren in den Weg und suchten sie an dem Betreten eines Zimmers zu verhindern, was ihnen jedoch nicht gelang. Der Oberst sprengte die Tür und trat ein. Ihm bot sich ein furchtbarer Anblick. Das Mädchen war von den Schwestern getötet worden, damit es seine Geheimnisse nicht weiter ausplaudern könne.

Den Oberst packte in diesem Augenblick ein maßloser Jorn und eine furchtbare, aber begreifliche Erregung. Er zog seinen Revolver und feuerte auf die Nonnen, von denen vier sofort getötet wurden. Die im Anschluß daran angestellte Untersuchung hat ergeben, daß in diesem Kloster von Valladolid unter der frommen Maske Zustände schlimmster sittlicher Verwahrlosung und sexueller Ausschweifung eingetrisen waren.

Dieses Drama erregte in ganz Spanien ungeheures Aufsehen und bedeutet eine schwere Belastung für die katholische Kirche, aus deren religiösem System heraus allein ein derartiges Milieu erwachsen konnte. Primo de Rivera hat das Erscheinen der Zeitung „La Voz“ für eine Woche untersagt, weil sie diese Nachricht, die von der Zensur verfehentlich nicht rechtzeitig genug aufgehakt worden war, brachte.

Gegen die Einschränkung des Streitrechtes.

Die bürgerliche Regierung in Schweden will ein Gesetz erlassen, wonach bei Lohnkonflikten eine Schlichtungsstelle entscheiden soll. Gegen diese Entscheidung soll es den Arbeitern verboten werden, in den Streit zu treten. Im schwedischen Parlament können die Bürgerlichen das Gesetz durchbringen. Die Arbeiter haben den Bürgerlichen aber gezeigt, daß es eine stärkere Macht gibt, als die bürgerliche Parlamentsmehrheit. Ganz Stockholm hat am 22. Mai die Arbeit niedergelegt und ist vor das Parlament marschiert. Die Arbeiter außer Stockholm legten ebenfalls die Arbeit nieder und ganz Schweden dröhnte vor den Schritten der demonstrierenden Arbeiter. Was wurde damit erreicht? Die Antwort entnehmen wir wörtlich dem „Arbeiterwille“ vom 26. Mai: „Die Bewegung im ganzen Lande ist durch die Demonstrationen so groß, daß man bereits von einer Niederlage des Kabinetts Edmann spricht. Es ist bereits fraglich, ob die Regierung bis zu den Wahlen im September sich wird am Ruder halten können“. Damit beweist der „Arbeiterwille“ (wohl unbeabsichtigt), daß es außer dem Stimmzettel noch viel bessere Kampfeswaffen gibt, um die Bürgerlichen zu schlagen und die Interessen der Arbeiter zu verteidigen. In Österreich ist die Anwendung dieser Kampfesmittel von den Kleinbürgern, welche die S. P. zum Nachteil der Arbeiter beherrschen, versemf worden. Der papierene Kampf mit Stimmzettel, Protestresolutionen, Sympathie-Erklärungen ist alleiniger Triumph. Die Arbeiter werden sich von den Papierhelden trennen und nach links abmarschieren.

Die Reaktion, der Faschismus greift dem österreichischen Proletariat an die Gurgel. Die S. P. schaut tatenlos zu, sieht nur wie ein altes Weib. In dieser Situation braucht das österreichische Proletariat zwei entscheidende Waffen:

Eine einheitsliche kommunistische Partei, zu der alle Arbeiter, die zwischen sich und der S. P. den Trennungsfriß gezogen haben, Vertrauen gewinnen können, und

eine Arbeiterwehreformation, die alle kampfgewillten Proletarier zum Kampfe gegen den Faschismus und gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung umfaßt.

Das Kapitulantentum und die thermidorianische Gefahr.

Einige Bemerkungen zum „neuen“ Kurs in Rußland und in der Komintern.

Zuerst muß einmal ganz klar ausgesprochen werden, was eigentlich der rechte Flügel der russischen Partei darstellt. Handelt es sich hier um eine „weniger radikale“ bolschewistische Gruppe? Man darf nicht vergessen, daß sich der Klassenkampf in einem Lande, in dem es nur eine legale Partei gibt, politisch nur widerspiegeln kann in Kämpfen innerhalb der einzigen, d. h. der herrschenden Partei. Alle Klassen, die sich im Prozeß des zehnjährigen Klassenkampfes neu herausgebildet, wiederformiert haben, die durch die Differenzierung im Dorf entstanden sind, streben danach, ihre Interessen der Partei aufzuzwingen. Wir haben es immer und immer wieder betont, daß der Kampf zwischen der Stalin-Gruppe und der Opposition nichts anderes widerspiegelt, als den Kampf des verkleinbürgerlichen Zentrums gegen den proletarischen Flügel der Partei. Wir haben mit aller Schärfe aufgezeigt, daß die Zerstückelung des linken Flügels der Partei nur der politische Ausdruck der Betrümmung der proletarischen Hegemonie war, die sich im gesellschaftlichen Leben, im Betrieb, im Sowjet, in allen Zellen des öffentlichen Lebens vollzog.

Der Kampf, der jetzt zwischen dem Stalinschen Zentrum und der Gruppe Rykow, die mit der bürgerlichen Gruppe um Ustrjalow zu einer liberalen, demokratischen Partei verwickelt beginnt, das ist jene Etappe in der russischen Revolution, die man in der großen französischen Revolution 1789-94 als den Vorabend des Thermidors bezeichnen kann. Zentrum und Rechte kämpften auch damals miteinander, nachdem sie vorher die Kleinbürgerlich-radikale Linke (Hebert, Chaumette, Jaques Roux) vernichtet, d. h. gelöst hatten. Das Zentrum (Robespierre, St. Just usw.) wollte auch damals den Zustand von 1794 stabilisieren, wollte den Abbau der Revolution, den die vom reichen Bürgertum vorwärtsgetriebenen Rechten anstrebten, verhindern, und Rechte, Zentrum und Linke gehörten auch damals einer Organisation, nämlich dem Jakobinerklub, an.

Am 10. Thermidor (28. Juli 1794) führten die Rechten das Zentrum aufs Schafott, natürlich „im Namen der Revolution“, sie richteten die Herrschaft der Großbourgeoisie auf und brachen „im Namen der Revolution“ den aufstauernden Widerstand der hungernden Massen. Aus dem Schöße der Revolution, der revolutionären Organisation, war das Element der Konterrevolution in der Gestalt der Rechten herangewachsen. Die Revolution war in die Konterrevolution umgeschlagen. Dieses Umschlagen nennt man „Thermidor“.

Der Thermidor ist etwas ganz und gar anderes als der Umsturz. Als beispielsweise die Royalisten 1795 versuchten, das thermidorianische Regime zu stürzen, da wandten sich „im Namen der Revolution“ die Generale Napoleon Bonaparte und Barras im Auftrag der Regierung gegen die Reaktion und vernichteten sie.

(Schluß folgt.)

Die Mandatsverteilung im deutschen Reich seit seinem Bestand.

	1920	Mai 1924	Dezember 1924	1928
Sozialdem.	186	100	131	152
Komm.	4	62	45	54
Deutschn.	71	96	103	73
Landliste	—	10	8	10
Bauernpartei	—	—	—	8
Bayr. Ldbd. (Wirtschp.)	4	10	17	23
Landbund	—	—	—	3
Schf. Ldbd.	—	—	—	2
D. Volksp.	65	44	51	44
Bayr. Volksp.	20	16	19	16
Zentr.	66	65	69	62
Demokr.	39	28	32	25
Volkrechtsp.	—	—	—	2
Hannov.	4	5	4	3
Natsoj.	—	32	14	12
Deutschnsoj.	—	4	—	—
	459	472	493	489

Wie sind diese Entscheidungen zustande gekommen?

Mit den Arbeitervertretern oder hinter ihren Rücken?

I.

Dem Arbeitslosen Rogler, G.-Nr. 45.560, wurde die Unterstüfung nach 30 Wochen entzogen, weil er in einer ländlichen Gemeinde wohnt. Kann der in einer ländlichen Gemeinde Wohnende aber eine berufliche Vorbildung oder einen Posten mit qualifizierter Arbeitsleistung nachweisen, so muß ihm die Unterstüfung auch über die 30 Wochen hinaus gegeben werden. Das hat der Arbeitslose Rogler getan. Er brachte zwei Zeugnisse. Das eine bestätigte, daß er als Kreisläger, das zweite, daß er als Betonierer in Verwendung stand. Damit hat er den Beweis qualifizierter Arbeitsleistung vollbracht. — Trotzdem hat ihm die J. B. R. wieder abgelehnt. Der Betroffene soll für 3 Kinder sorgen.

II.

Der Arbeitslose Meissenbichler, G.-Nr. 7329, hat von August 1927 bis 28. Jänner 1928 bei der Alpine in Köflach als Förderer gearbeitet. Das sind 164 Tage. Die J. B. R. lehnte ihn mit der Begründung ab, in den letzten 2 Jahren keine 140 versicherungspflichtigen Arbeitstage nachweisen zu können. Darauf sandte der Genannte zum Beweis, daß die geforderten 140 Tage vorhanden sind, den Ablehrschein an die J. B. R. ein. Daraufhin bekam er erneut die Antwort: abgelehnt, weil er innerhalb der letzten 24 Monate keine 280 Arbeitstage nachweisen kann. Die Rücksendung des Ablehrscheines blieb ihm die J. B. R. schuldig. — Wieso fordert die J. B. R. den Nachweis von 280 Tagen? Die Unterstüfung kann schon beim Nachweis von 140 Tagen gegeben werden.

Wir machen hiemit das freigewerkschaftliche Arbeitslosenkomitee auf die größtliche Benachteiligung der Arbeitslosen durch derlei Entscheidungen aufmerksam und erwarten, daß Nachschau gehalten wird, ob solche Entscheidungen mit den Arbeitervertretern oder hinter deren Rücken zustande kommen.

Aus der Galerie der Ausbeuter.

Einer, der hinter den übrigen Scharfmachern nicht zurückstehen will, scheint der Baummeister Moser in Eggenberg, Bayernstraße 61, zu sein. Durch List oder Drohung erpreßt er bei seinen Arbeitern Überstundenleistungen, ohne sie besonders zu entlohnen. So versprach er z. B. einen seiner Beschäftigten einen guten Hausmeisterposten, wenn er recht brav arbeitet. Dieses Versprechen stellte sich nachträglich als Lüge heraus. Andere wieder bedrohte er mit der Entlassung wegen „Arbeitsverweigerung“, wenn sie nicht schrankenlos Überstunden machen. Besonders

erpißt ist der Scharfmacher Moser gegen den Urlaubanspruch bzw. die Ausfolgung der Urlaubsmarken. Trotz wiederholten Anschlusses wurden sie dem Hilfsarbeiter R. nicht nur nicht ausgefolgt, sondern Moser organisierte mit seiner Ehehälfte einen Skandal in seiner Wohnung. Der Zweck war, den Arbeiter zu provozieren, um ihn dann wegen Gewalttätigkeit hinter Schloß und Riegel zu bringen. Diesmal ist ihm das nicht gelungen. Diese Charakterlosigkeit zeigt, zu welchen Mitteln die Unternehmer greifen, um ihren Profit zu vergrößern und die Arbeiterklasse zu entrechteten.

Die „Gleichheit“ vor dem bürgerlichen Gesetz.

Der Hilfsarbeiter Schabl, der auf seiner Arbeitslosenkarte ein Datum ausstrahlerte, um einige Schilling mehr zu bekommen, ist, trotzdem er durch außerordentlicher Notlage dazu getrieben wurde, vom Landesgericht Graz zu einem Monat Kerker verurteilt worden.

Der Heimwehrschlüssel Albert Landl, Angestellter bei der Alpine Montan, würgte ein Mädchen, das ihm nicht willig war. Der Leobner Bezirksrichter Schmödlger verurteilte ihn nur zu 10 Schilling oder 24 Stunden Arrest.

Ein Arbeiter wurde in Leoben zu 14 Tagen Arrest verurteilt, weil er einen Heimwehrschlüssel (Unternehmersöldling), der sich bei einem Aufmarsch des republikanischen Schutzbundes in Leoben provozierend benahm, einige ganz ungefährliche Siege verfest hat.

Die Geburtsheifer des österr. Faschismus.

In tausenden Versammlungen stellten sozialdemokratische Führer immer wieder die Behauptung auf, die Kommunisten haben durch ihre Politik den Faschismus in Italien in den Sattel gehoben. Diese Äuße kamen sie bisher um so leichter aufzusagen, da die österreichischen Arbeiter kein Möglichkeits hatten, diese Behauptung an Hand von Tatsachen zu überprüfen. Die praktischen Früchte der sozialdemokratischen Politik zeigen nun auch den österreichischen Arbeitern, wer die wirklichen Geburtsheifer des Faschismus sind. (Siehe Leitartikel in dieser Nummer.) So wie in Steiermark und Kärnten, haben auch in Italien die Faschisten ihr Werk ungehindert beginnen und durchführen können. Statt sie im Keime zu ersticken, ließ sie die S. P. groß werden. Gemantert durch die feige Haltung der italienischen Sozialdemokratie gingen die Faschisten mit Hilfe der Unternehmer dazu über, die wankelmütigen Arbeiter in die faschistischen Gewerkschaften zu pressen. Zu gleicher Zeit erfolgten auch die Niederbrennungen von Arbeiterheimen.

Am 25. März 1921 kam es in Italien zum ersten Generalfreist gegen die Faschisten. Die Reformisten schlossen einen Friedensvertrag mit den Faschisten, der ähnlich war dem Verräterpakt von Domes und Stein. Immer frecher und mächtiger wurden die Faschisten. So kam es im August 1922 zu blutigen Kämpfen zwischen Arbeitern und Faschisten, die wieder zum Generalfreist führten. Am 3. August brachen die reformistischen Gewerkschaftsführer bedingungslos den Generalfreist ab und lieferten das Proletariat den Mordbanden Mussolinis aus. Am selben Tage wurde dann der „Quanti“ zerstört und verbrannt. Jetzt war der Weg für Mussolini frei. Am 6. August zwangen die Faschisten viele sozialistische und kommunistische Gemeinderäte ihre Mandate niederzulegen. Am 30. August eroberte Mussolini Rom und richtete die bluttriefende Faschistenherrschaft auf. Viele Gewerkschaftsführer sind selbst zu den Faschisten übergegangen.

Hätten die italienischen Arbeiter den Kommunisten gefolgt, hätten sie die faschistische Bewegung von Anfang an im Keime erstickt oder später durch den Generalfreist und mit der Waffe in der Hand die Faschistenbanden entwohnet, würden ihnen viele

tausende Opfer, Qualen und Entbehrungen erspart geblieben sein.

Daß die Arbeiter in Italien nicht so gehandelt haben, war die Frucht der sozialdemokratischen Politik. In Oesterreich können nun die Arbeiter aus eigenen Erfahrungen die gleichen Entwicklungsercheinungen bemerken. Bedingungsloser Abbruch des Generalfreistes am 15. Juli. Überfall auf die Arbeiter in Pöls. Offene bewaffnete Aufmärsche der Faschisten in Knittelfeld. Heimwehrmanöver und Führung der faschistischen Landeshauptleute und nun zuletzt der Verräterpakt der Domes und Stein mit der Alpine und den Faschistenführern.

Noch ist der Kampf der steirischen und kärntnerischen Arbeiterklasse gegen die Alpine und den Heimwehrfaschismus nicht verloren. Nicht die Faschisten, nicht die Alpine, kein Seipel, Schober oder Hintelen kann die Arbeiterklasse besiegen, wenn sie sich losißt vom Feind im eigenen Lager, von der Sozialdemokratie. Denn bei sachlicher, nächstener Überprüfung der bisherigen sozialdemokratischen Politik, werden die Arbeiter nun selbst beurteilen können, wer die Geburtsheifer des Faschismus in Oesterreich sind.

Solidarität mit den Brüdern im Arbeitsrod.

Die Wehrmänner des Eisenstädter Bataillons haben für die Dauer des Streiks der Jutearbeiter in Neufeld beschloffen, wöchentlich eine Brotration den Streikenden abzuliefern.

Die „Rote Fahne“ und der Heimwehrfaschismus.

Ganz richtig verurteilt die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der Stalinleute, die Sozialdemokraten, die sich durch die Abkündigung des Schutzbundes und durch die Auslieferung der Aisenalwaffen selbst kastriert haben. Die „Rote Fahne“ sieht, daß wir in immer rascherem Tempo dem Faschismus entgegengehen. Weiß sie auch, wie schwach ihre Kräfte in der Steiermark sind, um der faschistischen Welle einen Damm entgegenzusetzen? Die Proletarier wissen es und gerade deshalb verurteilen sie die „Rote Fahne“, wenn sie über die Opposition und den „Mahnruf“ Dreierartikel schmieri. Wir raten ihr deshalb, die Artikel des Arbeitslosen-Korrespondenten Fabian — als Klosettpapier zu verwenden.

Sieben Kinder in zwei Jahren.

Mussolini läßt es sich, wie man weiß, mit unermüdlichem Eifer angelegen sein, durch Selbstmorden und Steuernachlässe an kinderreiche Familien die Bevölkerungszahl zu heben. Als Schulbeispiel einer guten Italienerin in seinem Sinne darf eine arme Hausfrau aus Sora in der Provinz Caserta gelten. Die brave Frau, namens de Ruccio, die im vorigen Jahre bereits Drillinge geboren hatte, hat jetzt vier lebende Kinder zur Welt gebracht, die sich, wie die Mutter, besten Wohlbestandens erfreuen. Auf den Bericht des Präfecten über das freudige Ereignis, hat Mussolini 400 Lire überweisen lassen und die Aufnahme der Wöchnerin und der vier Kinder in die Frauenklinik angeordnet.

Der Stadtpfarrer von Boitsberg Heimwehrprotector.

Am 13. Mai fand im Boitsberger Pfarrhaus eine Heimwehroersammlung statt. Bisher wurden die Heimwehroersammlungen in Wirtshäusern abgehalten. Von nun an wird der Pfarrhof die Heimwehroersammlung sein. In Deutschland haben die reaktionären arbeitserfeindlichen Verbände auch in den Städten und Pfarren den besten Unterschlupf gefunden. Besonders gut eignen sich diese „gefegneten“ Stätten zur Aufbewahrung der Waffen. Der Boitsberger Pfarrhof wird keine Ausnahme machen. Deshalb Arbeiter, haltet ein Auge auf ihn!

Verschiedenes

Für gymnastische Kämpfe wird von der Gemeinde Wien im Prater ein Stadion errichtet, auf dessen Tribünen 40.000 Menschen Platz haben werden.

Opfer des Profits. In der Lederfabrik Riedl kam die Hilfsarbeiterin Karoline Janetz mit dem Unterarm in eine Walze, wobei ihr der Unterarm gebrochen wurde.

Die Frauen der streikenden Jutearbeiter in Floridsdorf haben durch eine sehr deutliche Demonstration vor der Direktion die streikbrecherischen Beamten zur Niederlegung der Streikbrecherarbeit gezwungen.

„Kein Sperling fällt ohne den Willen Gottes vom Dache“ lehren die Pfaffen, und in der Nähe von Genua hat der Blitz in eine Kirche eingeschlagen, wobei mehrere Personen, unter anderem auch der Geistliche, der die Sonntagpredigt hielt, schwer verletzt wurden. Wie reimt sich das?

Sie versuchen zu rütteln. Die Väterinnungen Oberösterreichs forderten auf ihrer Pfingsttagung die Verlegung des Betriebsbeginnes von 5 auf 4 Uhr früh. Die Bürgerlichen verstehen sich auf das langsame Unterwühlen. Die Forderung auf gänzliche Beseitigung des Nachbaderverbotes führt auf zu großen Widerstand, also schlagen sie die Taktik des schrittweisen Angriffes ein.

Kriegsmaterial als Orangen beklartert. In Belgrad wurden 2 Waggons aus Italien, die nach Bulgarien gehen sollten, beschlagnahmt, weil der Inhalt nicht wie bezeichnet Orangen, sondern Waffen und Munition enthielt.

In der Wehrmacht werden jetzt vollkommen untaugliche Männer, sogar solche über 40 Jahre, weiter verpflichtet, nur weil sie Wehrbändler sind, während viele junge Kräfte, die freiwillig gemüht sind, entlassen werden.

Beim Arbeiterabfahrertreffen in Boitzborg anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Arbeiterabfahrervereines Boitzborg, nahmen beiläufig 5000 Menschen teil.

Die „Italia“ ist auf ihrem Nordpolflyg verschollen. Die Regierungen des Polargebietes, auch Ausland, organisieren Hilfsexpeditionen. Da trat der vom Gefahrenwahn behaftete Mussolini auf den Plan, der durch seine Regierung erklären ließ, Italien wolle

Arbeiter! Verlangt in den Trakten und Gasthäusern und bei euren Freizeuern die Auflegung des „Mahnrufes“!

keine Hilfsexpedition, das heißt, kommt die Nordpol-expedition mit Nobile nicht aus eigener Hilfe durch, dann soll sie verrecken.

24 Selbstmorde an einem Tag, meldete die Polizeidirektion Wien. Die Proletarier, die von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Verweisung getrieben werden, beschreiten einen falschen Weg, wenn sie in den Tod gehen, anstatt gegen die Schuldigen an ihrem Elend den Kampf zu führen.

Der rote Fahn in Italien. Aus verschiedenen Teilen Italiens werden Feuerbrünste gemeldet. In Ferrara ist das faschistische Gewerkschaftshaus in Flammen aufgegangen, in Portofra brannte eine Flugzeughalle mit 5 Flugzeugen nieder.

Verstaatlichung der Bergbauindustrie wurde von der internationalen Bergarbeiterkonferenz in Nimes gefordert. Die Ausbeutung und Verteilung der Erdenprodukte soll durch die Bergarbeiter, Staat und Konsumenten geregelt werden. Ein Ziel, das erst durch eine gewalttätige Abschüttelung des Kapitalismus erreicht werden wird.

Für Kriegsausgaben wurden in Amerika der Kriegsmarine 362 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

Schober, der Wiener Polizeipräsident wurde von den niederösterreichischen Industriellen, zum Ehrenmitglied ihres Verbandes ernannt.

Die Polizeistationen der österreichischen Hauptstädte bekommen eigene drahtlose Verbindungen. Sendestationen werden überall ausgebaut.

Versammlungsfreiheit. Den Freidenkern wurde in Aulzig verboten eine Versammlung abzuhalten, in der der ausgeleitene Pfarrer Krenn sprechen sollte.

Ein prägeltes Pfarrer.

Im Dezember 1927 spielte sich in einem Dresdener Fürsorgeheim des Magdalena-Hilfsvereins ein unglaublicher Vorgang ab. Der Direktor der Anstalt,

Verbreitet den „Mahnruf“!

Pfarrer Sidmann, versetzte einem weiblichen Fürsorgezögling sechs kräftige Tische mit einem Rohrstoß auf das Gesicht. Das Mädchen konnte nach dieser Mißhandlung tagelang nicht sitzen und klagte sechs Wochen lang über Schmerzen. Der christliche Pfarrer wurde bis zur Klärung der Sache suspendiert.

Am Donnerstag hatte sich Sidmann vor dem Dresdener Schöffengericht zu verantworten. Ihm wurden Züchtigungen in fünf Fällen zur Last gelegt. In vier Fällen hatte er weibliche Zöglinge mit einem Rohrstoß auf das nur wenig bekleidete Gesicht geschlagen. Sidmann wurde trotzdem nur wegen gefährlicher Körperverletzung in fünf Fällen und wegen Beleidigung zu 350 Mark Geldstrafe verurteilt.

Eine vom Dresdener Jugendamt für eines der geschlagenen Mädchen geforderte Geldbuße von 200 Mark lehnte das Gericht ab.

Parteinachrichten

Am Montag, den 4. Juni finden regelmäßig jeden Montag, halb 8 Uhr abends, Lehr- und Diskussionskurse statt, zu denen alle Parteigenossen kommen sollen. Sympathisierende sind ebenfalls eingeladen. Thema am 4. Juni: Der Thermidor in der französischen Revolution. Sprecher: Gen. Pfeißl.

Musikfreunde!

Der Violine, Blech oder Gitarre beherrscht, oder sich weiter ausbilden will, möge seine Adresse in der Verwaltung oder bei Gen. Krebs, Finkengasse 3, abgeben. Die Zusammenstellung einer Kapelle unter Parteigenossen und Sympathisierenden ist geplant. Die sich bereits gemeldet haben, werden demnächst zu einer Besprechung eingeladen.

Briefkasten.

Schriftliche Anfragen können nur unter Beilage von Postportomarken beantwortet werden.

Über das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz konnte die Fortsetzung aus Platzmangel wieder nicht gebracht werden. Sie folgt in der nächsten Nummer.

(Unentgeltlich.)

Carl-Motorschab, fahrbereit, ist wegen Abreise sehr billig zu verkaufen. Anfragen und Beschäftigung: Johann Wagner, Hoffstätten 10, bei Traufmannsdorf.

(Unentgeltlich.)

Billiger Koffplatz ohne Quartier zu vergeben. Adresse erliegt in der Verwaltung des „Mahnrufes“.

Tage, die man nicht vergessen wird.

R. M. . . no.

Wegen Beteiligung an der Maidemonstration — fünf Jahre Zuchthaus.

Es war im Frühling des Jahres 1923. Der Körper des wertvollen Italiens lag bereits in den Ketten des Faschismus. Eine Bande, die sich das Ministerkabinett nannte, schändete alltätlich und allnächtlich die Arbeiterviertel und die Dörfer armer Bauern. Die Gefängnisse waren überfüllt; die Revolutionäre wurden hundertweise auf Grund gerichtlicher Urteile hingerichtet oder von gedungenen Banditen auf den Straßen gemuschelt.

Es war derselbe Frühling, wo Matteoti, den später die Faschisten zu Tode quälten, sein Buch über den weißen Terror in Italien schrieb; die Namen allein füllten 150 Seiten seines Buches, es zeigte sich aber, daß dies nur ein Teil der Opfer des Faschismus war, daß die Namen aller erschossenen und gemordeten Revolutionäre niemanden bekannt sind.

Die Dörfer litten unter den unerhörten Steuerlasten und der Gewalttätigkeit der Nachthaber. Aus der Provinz kamen Nachrichten, daß die faschistischen Gendarmen die Bauern für rückständige Steuern zu Tode prügelten. Der reiche faschistische Bauer kaufte für einen Pappenstiel das Bauernland und die Ge-

räte in den Dörfern auf. Auf Feldern, wo noch unlängst moderne landwirtschaftliche Maschinen arbeiteten, quälten sich die Bauern mit veralteten Geräten ab.

Der Statthalter Christi auf Erden — der Papst — rief Gottes Segen auf die Faschisten herab, erteilte ihnen Mandate (sogenannte Indulgenzen) auf das Himmelreich, streute den Massen mit seinen Kunstflüden Sand in die Augen, indem er beispielsweise mit einem silbernen Gämmerchen die Tür öffnete, bei deren Durchschreitung den Kapitalisten sämtliche Sünden erlassen werden.

In den Schaufenstern und Empfangsräumen erschienen besondere Aufrufe der päpstlichen Kanzlei an alle Katholiken, in welchen zu lesen stand:

„Reher und Abtrännige suchen sowohl in der Presse als auch auf öffentlichen Versammlungen die gegenwärtige Regierung Italiens zu verleumdern, indem sie unerhörte Dinge über sie vorbringen. Wir bitten und empfehlen dringend, heiße Gebete für diese Regierung zu verrichten; wir bitten auch, für die Zuckersabrikanten zu beten, die unverantwortlich angeklagt werden, für ihre Waren zu hohe Preise zu fordern.“

Es fanden die heißen Kämpfe des Jahres 1923 statt.

Luigi Zampa trug das rote Banner durch die Straßen Roms; hinter ihm her ging die glühende junge Garde in blauen Blusen.

Wir strömten nach dem Herzen Roms. Wir feierten den 1. Mai des Jahres 1923. Aus voller Brust sang der blonde, lachende und von uns geliebte Bannenträger die ersten Worte der internationalen Hymne:

„Wacht auf, Verdamnte dieser Erde . . .“
Wie ein Mann fielen wir in die Worte des Liebes ein und marschierten vorwärts — nach dem Herzen Roms . . .

. . . Wir kamen nicht bis hin: Faschistische Kugeln kreuzten unseren Weg, als erster fiel der Fahnenträger, hellblond, freudig und von uns geliebt — Luigi.

Ich wurde zusammen mit sieben Arbeitern von einem schnellen und grausamen Gericht abgeurteilt.

Man verurteilte mich für Beteiligung an der Maidemonstration zu fünf Jahren Gefängnis . . .